



GEMEINSAM FÜR EINE SOZIALE STADT

Bericht 1998/2000

LAG

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE Hessen e.V.

Vorwort

02 Bericht der Geschäftsführung

**14 Sachgebiet 1: "Soziale
Stadt(teil)entwicklung"**

14 Wohnen und Mieten

17 Soziale Sicherung

**20 Sachgebiet 2: "Bildungs- und
Zielgruppenarbeit"**

20 Frauenbildung

23 Frauenmodellprojekt

26 Spiel- und Lernstuben

28 Jugendbildungswerk

32 Rockmobil

**38 Sachgebiet 3: "Lokale
Beschäftigungsförderung"**

42 Soziale Stadt

VORWORT

Der vorliegende Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) zeigt Entwicklungslinien der Arbeit für die Jahre 1998-2000 auf. Dabei bildet der Berichtszeitraum 2000 einen Schwerpunkt. Durch die jahresübergreifende Art der Darstellung können Ausgangslage und Arbeitsergebnisse besser beschrieben werden.

Der LAG-Gesamtbericht mit seinen Teilberichten aus den Sachgebieten und Referaten berücksichtigt zum einen die notwendige Einzeldarstellung zu den Förderbescheiden des Hessischen Sozialministeriums, der Stadt Frankfurt und anderer Förderer, zum anderen verschafft er einen Überblick über das LAG-Projekt in seiner Gesamtheit.



Es werden Ziele und Aufgabenschwerpunkte sowie Umsetzung und Ergebnisse der Arbeit des LAG-Vorstandes und des LAG-Teams beschrieben. In dem Bericht der Geschäftsführung sowie in den Ausführungen der Sachgebiets- und Referatsbereiche werden Wirkungen und Perspektiven der Arbeit im Einzelnen dargestellt.

Zu danken ist bei dieser Gelegenheit allen Förderern, Unterstützern, Kooperationspartnern und Mitstreitern der LAG.

Besonderer Dank gilt den vielen BewohnerInneninitiativen und örtlichen ProjektpartnerInnen, die sich für Soziale Brennpunkte, benachteiligte Wohngebiete und von Armut und Ausgrenzung betroffene Bevölkerungsgruppen in den Kommunen und Regionen engagieren. Dazu zählen insbesondere die Mitglieder des LAG-Vorstandes, die ehrenamtlich einen erheblichen zeitlichen und fachlichen Einsatz leisten.

Viele MitarbeiterInnen in den Ministerien und Partnerorganisationen auf Landes- und Bundesebene haben uns bei unserer Arbeit unterstützt, kritisch begleitet und gefördert.

Bei vielen PolitikerInnen haben wir ein offenes Ohr und die notwendige Aufmerksamkeit für die Anliegen der betroffenen Bevölkerungsgruppen erhalten, um die Teilhabechancen von Menschen am Gemeinschaftsleben, an ausreichender Existenzsicherung und gesellschaftlicher Entwicklung zu verbessern.

Für die Zukunft erhoffen wir uns die notwendige Aufmerksamkeit und kritische Auseinandersetzung, damit unsere fachliche Beratungs-, anwaltliche Lobby- und Dienstleistungsarbeit weiterhin erfolgreich sein kann.

Reinhard Thies
Geschäftsführer

ZIELE UND AUFGABENSCHWERPUNKTE

Die Arbeit der LAG war im Zeitraum von 1998-2000 von zwei Kernzielen geprägt. Zum einen ging es darum, in den laufenden Projekten die erfolgreiche Arbeit durch die Absicherung der Angebote im Rahmen einer Regelversorgung zu stabilisieren und zum anderen - als neuer Arbeitsschwerpunkt - die LAG-Erfahrung in den Ansatz „Soziale Stadt“ einzubringen, um mit Hilfe neuer Kooperationen BürgerInnenbeteiligung, Gemeinwesenarbeit und anwaltliche Unterstützung als wichtige Bestandteile bei Sozialen Stadtteilentwicklungsprozessen in gefährdeten Stadtteilen zu etablieren. Zum Erreichen der Ziele wurden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- | | |
|---|---|
| (1) Schaffung von Foren zur Präsentation von Anliegen von BewohnerInneninitiativen und Gemeinwesenprojekten aus Sozialen Brennpunkten | (8) Beratung und Unterstützung der Projektarbeit vor Ort bei der Erschließung neuer Perspektiven |
| (2) Interessenvertretung gegenüber Hessischer Landespolitik (Landtag und Landesregierung), Verwaltungen und Verbänden sowie auf kommunaler Ebene | (9) Entwicklung von Perspektiven für gefährdete Stadtteile unter Einbeziehung der BewohnerInnen im Quartier und der StadtteilakteurInnen |
| (3) Weiterentwicklung des LAG-Netzwerkes aus BewohnerInneninitiativen, Gemeinwesenprojekten und KooperationspartnerInnen | (10) Aufbau und Unterstützung regionaler Entwicklungspartnerschaften zur Auflösung Sozialer Brennpunkte, Prävention in gefährdeten Stadtteilen und Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung |
| (4) Konzeptentwicklung zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen aus Sozialen Brennpunkten und gefährdeten Stadtgebieten | (11) Konzept- und Lobbyarbeit für die „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (HEGISS) |
| (5) Unterstützung von lokalen AkteurInnen zur Förderung von Selbsthilfe und Verbesserung der Teilhabechancen von betroffener Bevölkerung | (12) Stärkung und Aufbau eines „Netzwerkes Soziale Stadt“ auf Landes- und Bundesebene |
| (6) Absicherung der Gemeinwesenarbeits-, Jugendhilfe-, Frauen- und Beschäftigungsförderung, Sicherstellung der Kontinuität nach dem Regierungswechsel in Hessen | (13) Entwicklung von Perspektiven für „schwierige“ Standorte (u.a. Offenbach/„Lohwald“, Darmstadt/„Akazienweg“, Dietzenbach/„Spessartviertel“, Friedberg/„Grüner Weg“) |
| (7) Lobbyarbeit zur Absicherung des „Sozialbudgets“, Bündnisarbeit gegen Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit | (14) Entwicklung von Modell- und Innovationsprojekten |
| | (15) Beratung, Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung im Rahmen der Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Fachreferate |

Arbeitsschwerpunkt:

NETZWERKENTWICKLUNG UND FACHVERANSTALTUNGEN

Neben den jährlichen Zentralen BewohnerInnen tagungen und der Mitgliederversammlung organisierte die LAG auch Foren zur Projektpräsentation, Weiterentwicklung des LAG-Netzwerkes und Stärkung des LAG-Ansatzes, wie die unten aufgelistete Auswahl unterschiedlicher Veranstaltungen zeigt. Darüber hinaus gab es noch zahlreiche Fachtagungen und Seminare zu verschiedenen Themen, die in den Berichten der Sachgebiete- bzw. Referate vorgestellt werden.

Jahrestagung Frühjahr 1998: Thema: "Neue Nachbarschaften", Übertragung von Erfahrungen und Erkenntnissen aus der BewohnerInnen-Arbeit auf neue Standorte, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Erarbeitung neuer geeigneter Selbsthilfe- und Aktivierungsansätze.

LAG-Fest zum 25-jährigen Vereinsjubiläum im Juni 1999 unter dem Motto "Gemeinsam für die Soziale Stadt" in Gießen-West unter Beteiligung der Hessischen Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn. Festprogramm mit über 500 Beteiligten aus allen hessischen Siedlungen und LAG-PartnerInnen, Interkulturelle Musik- und Tanzbeiträgen von Kinder-, Jugend- und Erwachsenengruppen.

Jahrestagung Frühjahr 2000, Thema: "Initiativen in der Sozialen Stadt – Nachbarschaften werden aktiv!", Planungsmethoden mit den BürgerInnen (Planspiel, Zukunftswerkstatt, Aktivierende Befragung, Kultur von Unten usw.), Erarbeitung von Projekten mit den BürgerInnen

LAG-Forum "Initiativen in der Sozialen Stadt – Nachbarschaften werden aktiv!" in Wiesbaden-Westend im September 2000. BewohnerInnen-initiativen und Stadtteilprojekte aus Sozialen Brennpunkten sowie "Soziale-Stadt"-Standorten präsentieren sich u.a. der Hess. Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn auf einem Markt der Möglichkeiten und einem Forumsgespräch.

Mitgliederversammlung Herbst 1998 in Frankfurt-Unterriederbach, Thema: "Landtagswahl in Hessen" (u.a. Absicherung des Sozialbudgets, Ausbau der Beschäftigungsförderung, Einrichtung eines Programms "Soziale Stadterneuerung"), unter Beteiligung der Hess. Jugend- und Familienministerin Priska Hinz und den sozialpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen

Mitgliederversammlung Herbst 1999 in Wiesbaden, Wachsacker, Schwerpunktthema: "Neue Soziale Brennpunkte und gefährdete Stadtteile - Neue Herausforderung für die LAG-Arbeit", Einbeziehung von neuen BewohnerInnen- und Stadtteilinitiativen

Mitgliederversammlung Herbst 2000 in Marburg, Unterer Richtsberg (bei dem Mitgliedsprojekt Bürgerinitiative für Soziale Fragen e.V.), Schwerpunktthemen: "Jugendliche gestalten ihren Stadtteil", "Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt", Perspektiven der LAG-Arbeit

Fachtagung "Soziale Stadterneuerung" (November 1998) in Kooperation mit der Akademie in Arnolds-hain: Fachliche und politische Profilierung eines "Kooperativen Stadtteilmanagements" zur gemeinwesen-/bewohnerorientierten, auf lokale Beschäftigung und Mittelbündelung ausgerichteten Stadtteilentwicklungspolitik

Konzeption und Start von **Fortbildungsmodulen "Gemeinwesenarbeit im Kooperativen Stadtteilmanagement"**, Kooperation mit Fortbildungsträgern und Hochschulen in vier Abschnitten: Konzeption "Soziale Stadt", "Soziale Stadt" in der Kommune, Nachbarschaftsentwicklung, Lokale Ökonomie und Beschäftigung



„Planning for Real“ auf der BewohnerInnen tagung 2000 in Oberreifenberg

Arbeitsschwerpunkt:**FACHBERATUNG UND ERFAHRUNGSTRANSFER**

Die Beratungsleistungen der ReferentInnen zur Qualifizierung von Fachbasis, Trägern und Politik bildeten einen Schwerpunkt der LAG-Tätigkeit. Neben der gezielten Einzelberatung örtlicher Bedarfe wurde die Weitervermittlung des LAG-Know-Hows in den Bereichen GWA und Armutsbekämpfung auch durch die Mitwirkung an überregionalen Fachforen und durch ReferentenInnentätigkeit bei Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen von Verbänden, Bundes-/Landesministerien, Hochschulen, Instituten usw. ermöglicht. Beraten wurden u.a.:

- ⇒ **Stadtteilakteure, BewohnerInneninitiativen und Projekte der Gemeinwesenarbeit** in Sozialen Brennpunkten insbesondere zu Fragen der Projektentwicklung, Vernetzung im Stadtteil, Aktivierung der Betroffenen
- ⇒ **Regionale Entwicklungspartnerschaften** zur Verhinderung und Auflösung Sozialer Brennpunkte sowie zur Überwindung von Armut in den Kommunen/Regionen
- ⇒ **Initiativen und Akteure zur Überwindung von Armut und Ausgrenzung** durch Entwicklung gemeinsamer Stellungnahmen und Lobbyarbeit
- ⇒ **Träger der Sozial-, Jugend- und Gemeinwesen-**arbeit zur Konzeptentwicklung und Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Projektträger und Anwalt der Betroffenen
- ⇒ **Politik, Ministerial-, Kommunalverwaltung und Wohnungsunternehmen** zur Konzeptentwicklung in den Feldern Soziales, Jugend, Frauen, Wohnen, Beschäftigung und Stadtentwicklung
- ⇒ **Kooperationspartner im Stadtteilmanagement** insbesondere an HEGISS- Standorten zu den Bereichen BewohnerInnenaktivierung und Betroffenenbeteiligung, Organisation und Vernetzung im Stadtteil, Förderung lokaler Beschäftigung und Entwicklung lokaler Ökonomie

Arbeitsschwerpunkt:**KOOPERATIONEN UND NETZWERKMITARBEIT**

Kooperationen fanden mit einer Vielzahl von PartnerInnen auf unterschiedlichen Ebenen und Arbeitsfeldern statt. Die Kooperation- und Arbeitsbezüge der LAG sind insgesamt sehr vielfältig und differenzieren sich in den einzelnen Arbeitsbereichen nochmals aus: Von daher kann die unten vorgenommene Aufzählung nur einen Ausschnitt darstellen.

- ⇒ Partner bei **Aufbau und Gründung der ARGE HEGISS e.V.**, Mitgestaltung des HEGISS-Arbeitsprogrammes und Partner im HEGISS-Service
- ⇒ Organisation und Fachlobby im Rahmen der **Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte** zur Profilierung der Gemeinwesenarbeit sowie Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
- ⇒ Konstituierung des Bündnisses **„Weltoffenes Hessen“** unter Beteiligung der LAG, Gewerkschaften und Kirchen und Ausländerorganisationen für Integration und Toleranz
- ⇒ Initiierung und Entwicklung des **Bundesnetzwerkes „Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung“**
- ⇒ Positionierung der LAG im **„Hessischen Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit“** gegen Sozialabbau, Armut und Ausgrenzung, Festigung der sozialen Sicherungssysteme, mit dem Ziel, auf Landesebene Lobbypolitik gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu betreiben.
- ⇒ **Kooperation mit der BAG Wohnungslosenhilfe**, Fachlobby zu Fragen der Wohn- und Obdachlosenhilfe
- ⇒ Mitarbeit in der **Nationalen Armutskonferenz**

Arbeitsschwerpunkt: INNOVATIONSPROJEKTE

In den letzten Jahren konnten verschiedene Innovationsprojekte in hessischen Siedlungen mit Unterstützung der LAG gestartet werden. Unter dem Dach der LAG wurden zwei Modellprojekte neu begonnen, die auf der Basis der LAG-Erfahrungen in der Brennpunktarbeit neue Perspektiven für "Soziale Stadt" eröffnen:

Start der **Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt "HEGISS"** im Rahmen des Hessischen Programms "Soziale Stadterneuerung" mit LAG-Beteiligung (Beratung, Vernetzung, Wissenstransfer, Lobby) insbesondere für die Bereiche "Gemeinwesenarbeit und Lokale Beschäftigung"

Starterberatung und Begleitung von **Projektpartnerschaften an HEGISS-Standorten**, Stärkung von Akteuren des „3. Sektor“ (BewohnerInneninitiativen, Freien Trägern der Gemeinwesenarbeit und Lokalen Beschäftigungsförderung usw.)

Konzeptentwicklung für **Kooperatives Stadtteil und Quartiermanagement** und **Integrierte Handlungskonzepte** an über 20 HEGISS-Standorten sowie weiteren interessierten Standorten

Start einer **LAG-Fortbildungsreihe "Gemeinwesenarbeit und Kooperatives Stadtteilmanagement"** in Kooperation mit Partnern aus unterschiedlichen Fachdisziplinen

Start des **Frauenmodell-Projekts "IMPULS - Beteiligung von Frauen an der Stadtteilentwicklung"** (Auf-taktveranstaltung mit Frauenministerin Stolterfoth im Februar 1998): Das Projekt entwickelt Konzepte der Frauenbildungsarbeit weiter und setzt diese auf der örtlichen Handlungsebene auch in neuen Standorten um .

Entwicklung von **Förderkonzepten zu "Lokaler Beschäftigung und Ökonomie"** im Rahmen von HEGISS, Beratung von Beschäftigungsträgern

Planung und Durchführung von **"Stadtteil-Kultur-Projekten"** als Weiterentwicklung des "Rockmobil"-Ansatzes, Vorarbeiten für das LAG-Modellprojekt "Mobile Kulturwerkstatt Hessen"

Start und Durchführung der **EU-Pilotaktion "Drittes System und Beschäftigung"** durch LAG-Projekt-leitung, Fachberatung und Einrichtung von "Stadtteilwerkstätten" an vier Modellstandorten im Rahmen des Kooperationsprojekt "Hessisches Projektnetz Wohn-gebiets- und Stadtteilmanagement"-HEPNEST

**Arbeitsschwerpunkt:
 LOBBYARBEIT UND INTERESSENVERTRETUNG**

Die Lobbyarbeit der LAG findet auf verschiedenen Ebenen statt. Die LAG pflegt Kontakte und steht im direkten Austausch mit der Landesregierung und -verwaltung, Abgeordneten der Parlamente sowie zahlreichen Kreisen, Städten und Gemeinden. Hierüber ist es möglich auf die Gestaltung finanzieller und rechtlicher Rahmenbedingungen im Sinne der LAG-Ziele Einfluß zu nehmen. Die unten aufgeführten Beispiele sind besondere Ereignisse bei den Aktivitäten auf Bundes - und Landesebene in den letzten drei Jahren. Darüber hinaus ist die LAG selbstverständlich auch im kommunalen Bereich aktiv. Sie intervenierte bei sich abzeichnenden sozial- und wohnungspolitischen Fehlentwicklungen, unterstützte örtliche PartnerInnen bei der Einforderung ihrer Interessen, nahm Stellung zu neuen Gesetzen oder Rechtsvorschriften und informierte die Öffentlichkeit durch regelmäßige Pressearbeit (siehe nächste Seite).

Besuch des Staatssekretärs aus dem Bundesbauministerium, Achim Großmann, in Gießen im Januar 1999. Staatssekretär Großmann konnte sich vor Ort von dem Erfolg der BewohnerInnenbeteiligung bei der Sanierung der Sozialen Brennpunkte überzeugen. In Gießen konnte ihm ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Verhinderung von Obdachlosigkeit, Beschäftigung von BewohnerInnen, Mietermitbestimmung etc. präsentiert werden. Erkenntnis: LAG-Erfahrungen in der hessischen Entwicklung der Brennpunktarbeit vermitteln wichtige Bausteine für die Bund-/Länder-Initiative "Soziale Stadt".

Abschiedsbesuch der Hess. Sozialministerin Barbara Stolterfoth in der LAG- Geschäftsstelle nach Regierungswechsel in Hessen im März 1999: Würdigung der kontinuierlichen Zusammenarbeit und der nachhaltigen Unterstützung durch die Landesregierung.

Die neue **Hessische Sozialministerin Mosiek-Urbahn** konnte für die Teilnahme an zwei LAG-Veranstaltungen gewonnen werden. Anlässlich der 25 Jahr-Feier der LAG in Gießen würdigte sie die Leistungen und Anstrengungen zur Auflösung von Sozialen Brennpunkten, insbesondere die der engagierten BewohnerInnen in den Siedlungen. Beim LAG-Forum konnte sich die Ministerin vom Engagement der BewohnerInneninitiativen und Gemeinwesenprojekten in benachteiligten Standorten überzeugen. Die LAG machte bei dieser Gelegenheit nochmals die Notwendigkeit einer ausreichenden Unterstützung durch eine Landesförderung für die Vor-Ort-Projekte deutlich.



Sozialministerin Frau Mosiek-Urbahn im Gespräch auf dem LAG-Forum in Wiesbaden

Arbeitsbesuch von Staatssekretär Seif (Hessisches Sozialministerium) in der Gießener Weststadt (Gummiinsel) und Nordstadt am 03.12.1999, Vorstellung der Erfolge von Gemeinwesenarbeit, Sanierung von Brennpunkten und lokaler Beschäftigung sowie des Pilotprojektes "Stadtteilwerkstatt" am HEPNEST/HEGISS-Standort

Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Seif am 09.06.2000 im Sozialministerium mit LAG-Sachstandsbericht und zu Fragen der Perspektive der Brennpunkt- und Beschäftigungsförderung sowie der Schaffung eines HEGISS-Budgets "Soziales"

Sicherung der Brennpunkt- und Beschäftigungsförderung im Rahmen von regelmäßigen **Gespräche**

mit den Fraktionen im Hessischen Landtag zu relevanten Fragen der Sozial-, Jugend-, Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik.

Konkreter Erfolg der Lobby-Bemühungen war die **Bereitstellung zusätzlicher HEGISS-Fördermittel** aus dem

Sozialbudget für das Jahr 2000 zur Unterstützung von Nachbarschaftsinitiativen und Sozialprojekten in gefährdeten Stadtteilen

**Arbeitsschwerpunkt:
 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**

Im Rahmen der regelmäßigen Pressearbeit wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Pressemitteilungen abgesetzt (siehe Kasten), die sowohl in der örtlichen als auch überörtlichen Presse Berücksichtigung fanden. Darüber hinaus wurden Interviews mit LAG-VertreterInnen in diversen Rundfunksendungen (vorwiegend Hess. Rundfunk) ausgestrahlt.

Seit November 1999 ist die LAG auch im Internet vertreten. Unter www.lagsbh.de gelangt man auf die Homepage. Hier wird u.a. das Herunterladen der Festschrift in Auszügen sowie die Kontaktaufnahme zu den einzelnen Sachgebieten bzw. Referaten der LAG ermöglicht. Seiten mit Informationen über die einzelnen Sachgebiete, aktuellen Veranstaltungshinweisen, Presseinformationen sind im Aufbau. Aufgrund eingeschränkter finanzieller Mittel ist die Pflege der Internet-Seite seit einiger Zeit leider nicht möglich. Die LAG ist aber auch direkt unter der E-Mail-Adresse lagsb@aol.com zu erreichen.

Zentrale Pressemitteilungen in den Jahren 1998-2000

- 17.05.1998: Stabilisierung von Nachbarschaften statt Ausgrenzung
- 14.11.1998: Hessisches Sozialbudget muß fortgeführt und weiter entwickelt werden!
- 12.06.1999: LAG feiert 25-jähriges Bestehen in Gießen
- 12.08.1999: LAG warnt vor 100 Mio.-Kürzung im Sozialetat
- 06.11.1999: "Soziale Stadt" bedarf in Hessen der Nachbesserung
- 28.02.2000: Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ohne soziale Akzente! BAG Soziale Brennpunkte und BAG Wohnungslosenhilfe fordern Nachbesserung
- 28.05.2000: LAG: Mehr Mittel für die "Soziale Stadt"

„In die Bewohner investieren“

Forderungen der Arbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte

Von Volker Trunk
 SCHMITTEN/FRANKFURT A. M. Mindestens zwei Millionen Mark aus dem Budget des Sozialministeriums sind nach Ansicht der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte (LAG) nötig, um mit sozialpolitischen Projekten städtebauliche Veränderungen in benachteiligten Wohnquartieren zu begleiten. „Es muss in die Bewohner investiert werden, damit Integration im Quartier gelingt und sich eine aktive Bürgerschaft entwickeln kann“, sagt LAG-Vorsitzender Hartmut Fritz bei ei-

chen Investitionen auch Gelder für Kinder- und Jugendhilfe, zur Belohnung der Nachbarschaft und zur Integration in das Arbeitsleben bereitgestellt werden müssen. „Es muss eine soziale Infrastruktur entstehen“, betonte Fritz, „die den Menschen Sicherheit bietet und zur Überwindung von Anonymität beiträgt“. Jugendclubs und Beschäftigungsprojekte zeigen indes nur dann eine „anschauliche Wirkung“, wenn freie Träger, Wohnungsunternehmen und Stadtverwaltungen eng zusammenarbeiten und verbindliche Strukturen für eine Beteiligung der Bewohner vor-

Zum 25 jährigen Bestehen wurde eine 32-seitige Festschrift erstellt und in einer Auflage von 2000 Exemplaren gedruckt. Die Festschrift, die einen guten Überblick über die LAG-Arbeit und Erfolge gibt, ist bereits bis auf ein paar wenige Restexemplare vergriffen.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit stand die LAG-Geschäftsstelle zudem als Informations- und Anlaufstelle für Medienanstalten, Journalisten, Studierenden, Schulen, Instituten, Initiativen in und außerhalb Hessens zur Auskunft- und Materialbeschaffung zur Verfügung.



ORGANISATION DES LAG-VORSTANDES

Der Vorstand gestaltet die LAG-Arbeit wesentlich mit. Er repräsentiert den Verein gegenüber Politik/Verwaltung und positioniert die fachpolitischen Inhalte. Für die inhaltliche Arbeit des Geschäftsstellen-Teams definiert der Vorstand Vorgaben und stimmt das Jahresprogramm ab. In der Regel tagt der Vorstand monatlich, bei besonderen Aufgaben auch häufiger. Die Zusammenarbeit in den drei Berichtsjahren war sehr intensiv und wurde von allen Vorstandsmitgliedern als verbindlich angesehen.

Geschäftsführender Vorstand:

1. Vorsitzender

Hartmut Fritz Caritasdirektor in Frankfurt/Main

2. Vorsitzende

Elsche Strauß-Wilts Sozialarbeiterin bei der AWO in Idstein

Kassiererin

Heide Koradin Rentnerin, Bewohnerin aus Wiesbaden

BeisitzerInnen

Christel Butzbach Hausfrau, Bewohnerin aus Limburg

Edda Haack Referentin beim Diakonischen Werk Hessen Nassau in Frankfurt/Main

Jürgen Eufinger Sozialarbeiter beim Caritasverband in Limburg

Brunhilde Dorn Einzelhandelskauffrau, Bewohnerin aus Limburg (ab 09/99)

Monika Grötzinger Sozialarbeiterin beim Jugendamt Marburg-Biedenkopf (bis 09/99)

Auseinandersetzung mit der Not

Hartmut Fritz und die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte

Von Volker Trunk

LIMBURG/FRANKFURT A. M. „Wenn es klappt, machen wir den Laden dicht“. Eine Prognose, die sich nicht bestätigte. Es hat zwar geklappt, doch der „Laden“ läuft noch immer. Die „Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte“ (LAG) hat mit der Sanierung von Obdachlosenwohnungen in vielen Städten Hessens einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des sozialen Friedens geleistet, „überflüssig geworden“, so LAG-Chef Hartmut Fritz angesichts der alten/neuen Armutsdebatte, „sind wir deshalb noch lange nicht“.

Seit fast einem Vierteljahrhundert setzt sich die LAG für die „Armutsbekämpfung in benachteiligten Lebensräumen“ ein. Hartmut Fritz, der heute seinen 50. Geburtstag feiert, gehört zu den Mitbegründern des Verbandes und steht seit 1982 an der Spitze der Institution, die sich längst als „Politikberatung“ versteht.

Zum 1. April 1998 wechselt Fritz als Caritasdirektor nach Frankfurt. Der So-

zialarbeiter, der Ende der 60er Jahre an der Höheren Fachschule in Frankfurt studierte, war bisher hauptsächlich beim Diocesancaritasverband in Limburg tätig. Seine damalige Ausbildung verstand er als „Auseinandersetzung mit der Not“, die „Sensibilität für gesellschaftliche Prozesse“ lernte er während des Studiums.

Während des Berufsanerkennungsjahres, das er 1972 beim katholischen Bezirksjugendamt in Limburg absolvierte, baute er die Projektgruppe Sozialer Brennpunkt in der Domstadt auf, dessen hauptamtlicher Leiter er ein Jahr später wurde.

„Gemeinwesenarbeit“ heißt das zentrale Thema, das aus seinem beruflichen Leben nicht wegzudenken ist. Mit der Verbesserung der Wohnverhältnisse seien auch die Lebenschancen der dort wohnenden Menschen verbessert worden, sagt Hartmut Fritz: „Die alten Quartiere sind heute weitgehend befriedet“.

Damit hätten die Probleme nicht auf. Die Massenarbeitslosigkeit sorgte für eine

erneute Ausgrenzung. „Einst intakte Wohnviertel sind in Gefahr, zu neuen Brennpunkten zu werden“. Genau an dem Punkt will die LAG ansetzen, dafür macht sich Hartmut Fritz stark. Sein Credo: Politische Teilhabe unterhalb der parlamentarischen Ebene organisieren. Und: „Wir müssen die Menschen in ihren jeweiligen Lebensbezügen ernstnehmen und sie zum Mitgestalten anregen“. Seit Leitgedanke: „Bürgerschaftliches Engagement“.

Hartmut Fritz: Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte, Lobbyarbeit im Wohnungsbauministerium, bei Bundestagsfraktionen, Mitarbeit und Leitung verschiedener Bereiche im Caritasverband, Mitglied der Nationalen Armutskonferenz. „Resignation“, sagt er, „ist das Letzte, was wir uns leisten sollen“. Er habe sich früh entschieden, sein politisches und sozialpolitisches Engagement außerhalb der Parteien zu realisieren. „Versuchungen“ habe es sehr wohl gegeben. Heute sei er froh, „das durchgehalten zu haben“.

ORGANISATION DER GESCHÄFTSSTELLE

In der Geschäftsstelle in Frankfurt arbeiteten zum Ende des Berichtszeitraums 15 MitarbeiterInnen (siehe Übersicht), hinzu kommt ein Mitarbeiter beim Rockmobil in der Außenstelle Gießen. Ergänzt wird dieses Team nach Bedarf durch Honorarkräfte. Zur besseren internen Koordination sind die einzelnen Referate fachlich und inhaltlich Sachgebieten zugeordnet. Der Überblick zeigt den Personalstand zum 31.12.2000.

Geschäftsstelle Frankfurt/M.

Geschäftsführung Reinhard Thies

Sachgebiet Soziale Stadtteilentwicklung

Sachgebietskoordination Jürgen Maier

Soziale Sicherung Jürgen Maier

Wohnen und Mieten Christoph Kummer

Sachgebiet Bildungs- und Zielgruppenarbeit

Sachgebietskoordination Bettina Eichhorn

Frauenbildung Bettina Eichhorn

Frauenmodellprojekt IMPULS Martina Köbberich

Jugendbildungswerk Thomas Witzel

Rockmobil Thomas Müller (Frankfurt/M)

Tanja Jung (Frankfurt/M)

Uwe Roepe (Gießen)

Sachgebiet Lokale Beschäftigungsförderung

Sachgebietskoordination Jochen Partsch

Beratung von Sozialverwaltung Jochen Partsch

und Beschäftigungsträgern, Annette Wippermann

Fort- und Weiterbildung Edwin Herrmann

Verwaltung

Verwaltungsleitung Klaus Hoffmeister

Buchhaltung Ilse Erbeding

Verwaltungsmitarbeit Angelika Stolz

Christine Paiska

Heike Wernicke

Personalwechsel 1998-2000

Christina Hey (Frauenbildung, bis 4/00)
Heike Bülter (JBW, bis 12/98)
Elke Boller (JBW, 4/98-3/99)
Bettina Wiederspahn-Wolf (JBW, Erzieh.-Urlaub)
Erhard Kristen (Romo Gießen, bis 3/00)
Anette Dittrich (LOBE, bis 3/98)
Andrea Röttel (LOBE, 12/98-5/00)
Bernhard Horch (BuHa, bis 6/99)
Ali Reza Ghasdi (BuHa, bis 6/00)
Uta Tralles-Schulmeyer (Verwaltung, bis 9/00)
Petra Besau (Praktikantin EU-Projekt, 9/98-8/99)



Verabschiedung von Christina Hey (links im Bild) nach über 10 Jahren Tätigkeit als Frauenbildungsreferentin bei der LAG auf der MV 2000 in Marburg durch den Vorstand. Sie wechselte als Geschäftsführerin zum AKSB in Marburg

Personelle Veränderungen bis zum 01.07.2001:

Frauenbildung:
Martina Köbberich für Bettina Eichhorn
Frauenmodellprojekt:
Anne Leibfried, u.a. für Martina Köbberich
Lokale Beschäftigung:
Julia Wilke für Annette Wippermann
Rockmobil:
Tanja Jung (bis 1/01)

ARBEITSSCHWERPUNKTE DER SACHGEBIETE/REFERATE

Die LAG unterhält zur Umsetzung ihrer Ziele und Anliegen verschiedenen Sachgebiete/Referate. Die folgende Auflistung soll einen Überblick über die zentralen Arbeitsschwerpunkte geben. Eine ausführliche Darstellung der Arbeit der einzelnen Referate erfolgt im Anschluß an den Bericht der Geschäftsführung:

Sachgebiet 1: "Soziale Stadt(teil)entwicklung"

Referat Wohnen und Mieten

- a) Verbesserung des Hilfesystems für Wohnungsnotfälle: Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur dauerhaften Wohnungsversorgung und Verhinderung zukünftiger Obdachlosigkeit
- b) Sanierung/Auflösung von Sozialen Brennpunkten
- c) Verbesserung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen

Referat Soziale Sicherung

- a) Förderung der Solidarität der von Armut/Sozialabbau Betroffenen und Einflußnahme auf die Rahmenbedingungen Sozialer Sicherung
- b) Einflußnahme auf örtliche Sozial(hilfe)politik und -praxis
- c) Stärkung von örtlichen und überörtlichen Aktionsbündnissen und Kooperationspartnern

Sachgebiet 2: "Bildungs- und Zielgruppenarbeit" :

Referat Frauenbildung

- a) Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen in benachteiligten Quartieren (Frauentagungen zum Thema "Soziale Stadtteilentwicklung und Frauengesundheit")
- b) Förderung der Beteiligung von Frauen (Neue Arbeitsansätze im Frauenbereich in alten und neuen Quartieren)
- c) Überwindung der Armut von Frauen (Aktivierung und Qualifizierung für Fraueninteressen, Überprüfung von politischen Programmen)

Frauenmodellprojekt

- a) Aktivierung von Frauen für Stadtteilentwicklungsprozesse
- b) Schaffung frauen- und familiengerechter Stadtteile
- c) Aufbau von dauerhaften Beteiligungsstrukturen für Frauen

Referat Spiel- und Lernstuben

- a) Konzeptionelle Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes
- b) Absicherung der Finanzierungsgrundlagen für die Offenen Erziehungshilfen (Entwicklung von (Landes-) Empfehlungen zur Kinderbetreuung in benachteiligten Quartieren)
- c) Integration benachteiligter Kinder in das Jugendhilfesystem

Referat Jugendbildung/Jugendbildungswerk

- a) Teilhabe von Jugendlichen schaffen (Beteiligung von Jugendlichen in Politik und Nachbarschaft)
- b) Chancengleichheit herstellen durch geschlechtsspezifische Arbeit
- c) Jugendpolitische Konzepte kommunizieren

Rockmobil Frankfurt/ Gießen

- a) Entwicklung von stadtteilbezogenen Kulturprojekten als Beteiligungsansatz im Gemeinwesen
- b) Betreuung von Bands und Gruppen und Einbeziehung neuer Stilrichtungen
- c) Workshops und Projekte im Rahmen von Jugendbegegnung und Kulturinitiativen

Sachgebiet 3: "Lokale Beschäftigungsförderung

- a) Beratung und Unterstützung der hessischen Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger
- b) Qualifizierung des Fachpersonals im Rahmen der Arbeitsförderung und Berufshilfe
- c) Sicherung und Weiterentwicklung der Förderstrukturen "Arbeit-statt-Sozialhilfe"/Lokale Beschäftigung/"Hessisches Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik"

Sonderbericht „Soziale Stadt“

"HEPNEST"-Hess. Projektnetz Wohngebiets- und Stadtteilmanagement

- a) Aufbau einer HEPNEST-Entwicklungspartnerschaft
- b) Bereitstellung einer HEPNEST-Kommunikationsstruktur
- c) Entwicklung von HEPNEST-Projekten an Pilotstandorten

"HEGISS"- Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt

- a) Erarbeitung von HEGISS-Fördergrundsätzen/Leitlinien
- b) Operationalisierung der HEGISS-Bausteine an Standorten
- c) Aufbau eines HEGISS-Netzwerkes und HEGISS-Service

FINANZIERUNG DER LAG

Insgesamt hat sich die finanzielle Situation der LAG in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Im Rahmen der traditionellen Projektförderung haben sich durch das Einfrieren der Zuschüsse und die fast ausschließliche Abhängigkeit von Landesförderung verbunden mit einer jährlichen späten Bewilligung und langen Planungsunsicherheit die Risiken in der Haushaltsabwicklung deutlich erhöht. Dies führt jährlich zu verspäteten Tarifanpassung bei den Gehältern der MitarbeiterInnen. Auch ist es nur durch äußerste Haushaltsdisziplin und deutlichen Kürzungen (Reduzierung auf Teilzeit) möglich, den Personalstand zu erhalten. Die Auswirkungen werden wegen der Bindungen der Zuschüsse an einzelne Projektförderungen nur in den entsprechenden Bereichen spürbar.

Im Bereich Rockmobil Gießen sind die Auswirkungen derzeit erkennbar. Ohne die Beauftragung und Finanzierung für neue Projekte (z.B. Kulturprojekte) sind hier die Lücken kaum zu schließen. Gleiches gilt auch für andere Bereiche.

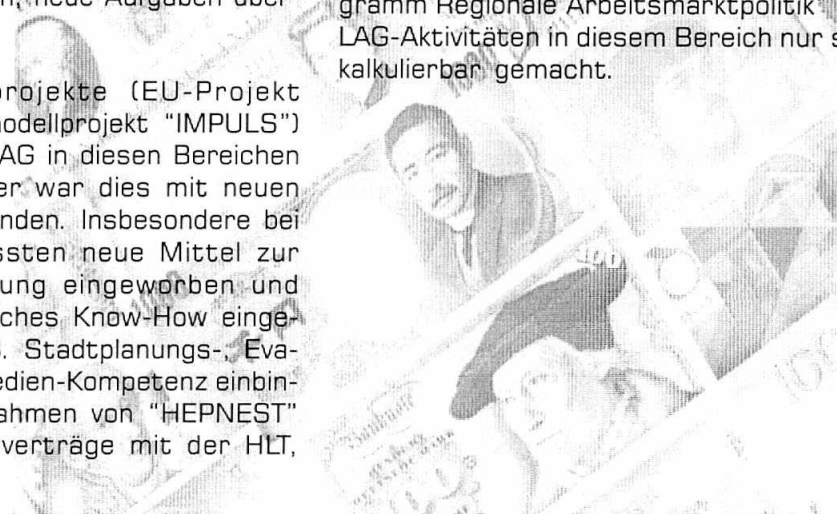
Ohne die Erschließung neuer Geldquellen wäre eine deutliche Reduzierung der LAG-Angebote nicht zu verhindern gewesen. Das bedeutete für die MitarbeiterInnen, dass sie zusätzlich zu ihren Aufträgen, neue Aufgaben übernehmen mussten.

Durch die Modellprojekte (EU-Projekt "HEPNEST", Frauenmodellprojekt "IMPULS") war es möglich, die LAG in diesen Bereichen auszubauen, auch hier war dies mit neuen Verpflichtungen verbunden. Insbesondere bei dem EU-Projekt mussten neue Mittel zur Ergänzungsfinanzierung eingeworben und ebenfalls neues fachliches Know-How eingekauft werden, um z.B. Stadtplanungs-, Evaluations- und Neue-Medien-Kompetenz einbinden zu können. Im Rahmen von "HEPNEST" wurden Kooperationsverträge mit der HLT,

dem Institut Wohnen und Umwelt (IWU) und vier örtlichen Trägern von "Stadtteilwerkstätten" geschlossen. Finanziert wurde dieses Projekt seitens des Landes neben dem Sozialministerium auch vom Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium bis November 1999.

Im Jahr 2000 war der Start für einen HEGISS-Service vorgesehen. Hierzu sollte u.a. die LAG ergänzende Finanzmittel für Beratungs- und Transferdienstleistung für HEGISS-Standorte und Akteure erhalten. Eine für Frühjahr 2000 in Aussicht gestellte Beauftragung durch das Hess. Wirtschaftsministerium blieb aus, so dass zusätzliche Aufgaben erledigt werden mussten, die die Handlungsspielräume erheblich einschränkten.

Für die Zukunft ist von einer Planungsunsicherheit auszugehen, weil die Bewilligungen durch das Land Hessen erst zum Jahresende vorliegen. In den vergangenen Jahren sind Tarif- und Preissteigerungen nicht durch Erhöhungen der Zuschüsse ausgeglichen worden. Die Planungsunsicherheit hat sich insbesondere im Bereich "Lokale Beschäftigung" ausgewirkt. Das in diesem Bereich unklare Finanzierungskonzept des Ministeriums aus dem Programm "Hessisches Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik" hat die LAG-Aktivitäten in diesem Bereich nur schwer kalkulierbar gemacht.



PERSPEKTIVEN

Die letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass die Themen Gemeinwesenarbeit, Unterstützung von Selbsthilfe und Beteiligung von Betroffenen eine hohe Bedeutung haben. Gerade in den traditionellen Sozialen Brennpunkten und benachteiligten Stadtquartieren (HEGISS-Standorten) wird der Bedarf an Beratung, Betreuung und Aktivierung auch im politischen Raum zunehmend erkannt.

Einerseits ist es notwendig, Gemeinwesen- und BewohnerInnenarbeit auch in den sanierten Brennpunkten auf zukünftige Bedarfe hin zu bestimmen. Es gilt, die erfolgreiche Arbeit zu sichern und möglichst im Rahmen einer Regelversorgung zu erhalten.

Andererseits müssen auch neue gefährdete Nachbarschaften durch Gemeinwesenarbeit unterstützt werden. Es bedarf neuer Anstrengungen zur Aktivierung von Menschen, die in Armutsquartieren, unzureichend ausgestatteten Wohngebieten oder von sozialen Konflikten bedrohten Stadtteilen leben. Es sind neue Kooperationen unter den Stadtteilakteuren sowohl auf lokaler als auch auf Landesebene zu entwickeln und es braucht neue politische Ideen zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in diesen Stadtbereichen aber auch in der Stadt insgesamt.

Mit dem Programm "Soziale Stadt" – Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS)- bieten sich für die örtliche BewohnerInnen- und Gemeinwesenarbeit und die LAG einige neue Perspektiven. Durch die Zuspitzung der unterschiedlichen baulichen, sozialen und kulturellen Förderprogramme auf Bund-/Länderebene auf Stadt- und Wohngebiete mit hohen sozialen Risiken, besteht die Hoffnung, dass neue Entwicklungen und Chancen zusammen mit den dort lebenden Menschen eingeleitet werden können. Mit dem Aufbau der "Stadtteilwerkstätten" an den neuen Standorten sind gute Vorarbeiten geleistet worden, so dass mit überzeugenden Konzepten neue Zugänge zu Partnern erschlossen werden können.

Im Sinne eines "Kooperativen Stadtteilmanagements" gilt es verstärkt neue Konzepte der Zusammenarbeit unter den Akteuren der öffentlichen, wirtschaftlichen und gemeinnützigen/bürgerschaftlichen Bereiche "zwischen Markt und Staat" zu entwickeln. Auf den Ebenen Bund/Land, Kommune und Stadtteil/Nach-

barschaft bedarf es einer Stärkung des subsidiären Bereichs, indem bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe von ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen sowie insbesondere freie Träger und Verbände der Wohlfahrtspflege unterstützt und gefördert werden, die sich für die Menschen vor Ort einsetzen und deren Engagement für ihr Gemeinwesen und ihre sozialen Belange aktivieren und stärken. Dabei erhalten die Aufgaben zur Integration von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen sowie zur Stärkung der Frauenförderung eine besondere Bedeutung.

In einem ersten Anlauf ist es nicht gelungen, für die o.g. Aufgaben einen HEGISS-Förderbaustein im Sozialetat des Landes abzusichern. Eine entsprechende LAG-Forderung wurde im Landtag platziert, da die 20 Millionen-Förderung des Städtebaus nicht geeignet ist, die dringend notwendigen sozialen Projekte im Bereich der Kinder-, Jugend- und Frauearbeit sowie im Bereich Nachbarschaftshilfe und Integration von MigrantInnen zu fördern. Durch LAG-Lobbyarbeit ist es aber inzwischen gelungen, für das Haushaltsjahr 2001 einen entsprechenden Etatansatz von 1 Mio. DM beim Sozialministerium einzustellen.

Es ist weiterhin notwendig, dass gezielte Programme zur Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung von Landesseite aufgelegt werden. Die Fördermittel müssen so passgenau eingesetzt werden, dass sie die Menschen erreichen, die am meisten darauf angewiesen sind. Auch hier kommt es darauf an, daß Beschäftigungsträger im Stadtteil unterstützt werden, die an den Fähigkeiten der erwerbslosen Menschen anknüpfen, die unerledigte Aufgaben lösen können und die Verbesserungen der Wohn- und Lebensbedingungen bewirken. Es geht um einen lokalen Beschäftigungsansatz, der im Wohngebiet verankert ist. Dazu sind der steuernde Einsatz durch zweckgebundene Landesmitteln und die fachliche und politische Beratung durch die LAG weiterhin notwendig.

Durch die entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt ist das Thema Wohnungsnot und Obdachlosigkeit etwas aus dem Blickfeld gerückt. Trotzdem ist unzureichende Wohnungsversorgung und überhöhte Mietbelastung für viele Menschen ein drängendes Problem. Die LAG muß sich in diesem Feld weiter engagieren. Gerade in den ländlichen Regionen Hessens werden Menschen über schlechte Wohnungs-

versorgung ausgegrenzt. Hier müssen neue Partner gefunden werden. Es müssen Konzepte zur Sicherung der Wohnungsversorgung umgesetzt werden. Die LAG hat mit dem Konzept Regionaler Wohnungsversorgungsverbund (Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis) gute fachliche Vorarbeit geleistet. Durch gezielte Recherche und punktuelle Skandalisierung müssen hier neue Wege gefunden werden, die noch verbliebenen Schlicht- und Notunterkünfte im ländlichen Bereich zu beseitigen.

Das Frauenmodellprojekt IMPULS hat nochmals die langjährigen Erfahrungen der LAG bestätigt: Frauen sind für Entwicklungsprozesse in ihren Stadtteilen zu aktivieren; ihr Expertenwissen ist unerlässlich und frauengerechte Verbesserungen schaffen familienfreundliche Lebensbedingungen, von denen auch andere im Stadtteil profitieren. Deshalb gilt es auch zukünftig Partizipationsprozesse von Frauen zu fördern. Hierbei müssen Methoden, Verfahren und Handlungsorientierungen derart gestaltet sein, dass die Frauen sich tatsächlich einbringen können. Die gesellschaftliche Mitgestaltung und das Engagement von Frauen brauchen zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen. Dies muss langfristig durch entsprechende Unterstützungsformen abgesichert werden. Eine besondere Herausforderung für die zukünftige Arbeit wird die Ansprache und Einbindung der Migrantinnen sein.

In der Kinder- und Jugendhilfe muss die Debatte um fachliche Standards neu aufgenommen werden. Es ist zu befürchten, dass mit der Auflösung des eigenständigen Landesjugendamtes in der hessischen Fläche die bedarfsgerechte Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie die Erziehungshilfe insbesondere in benachteiligten Lebenslagen Schaden nimmt. Deshalb ist es um so wichtiger, dass auf der kommunalen Ebene die Festschreibung von Standards forciert wird. Durch verbindliche Zuwendungsverträge und Leistungsvereinbarungen muss Qualitäts- und Planungssicherheit erreicht werden. Unter den Beteiligten muss definiert werden, wie zukünftige Zusammenarbeit umgesetzt werden soll.

Auch in Zukunft wird es einem nicht erspart bleiben, sich in den Kampf um die Verteilung und die Sicherung

der Sozialstandards einzumischen. Hierbei ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit von zentraler Bedeutung. Alte und neue Partner sowohl auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene müssen sich zusammenschließen, um in dieser Auseinandersetzung Erfolg zu haben. Es geht um soziale Gerechtigkeit, um faire Lastenverteilung, Verhinderung von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Überwindung von Armut.

Zusammen mit Bündnispartnern wird das LAG-Netzwerk weiter streiten, um Politikverdrossenheit, Radikalismus und Fremdenfeindlichkeit zu verhindern und den sozialen Frieden nicht weiter aufs Spiel zu setzen.

Die Verbesserung der Wohnbedingungen in Sozialen Brennpunkten bzw. sozial benachteiligten Stadtteilen sowie die dauerhafte Sicherung der Wohnungsversorgung auch für Einkommensschwächere gehören zu den zentralen Aufgabenfeldern des Referats Wohnen und Mieten. In den Jahren von 1998-2000 wurden diese Zielsetzungen vorwiegend auf folgenden drei Ebenen angegangen:

- a) die Entwicklung und Begleitung von Konzepten zur sozialen Wohnraumversorgung und Verhinderung von Obdachlosigkeit
- b) die Sanierung bzw. die Auflösung noch existierender Notunterkünfte und Schlichtbauten
- c) die Verbesserung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen.

Kommunale Gesamtkonzepte zur Verbesserung des Hilfesystems für Wohnungsnotfälle

Aufgabe: Zur Verbesserung der Wohnbedingungen für Wohnungsnotfälle ist das Vorhandensein von kommunalen sozial- und wohnungspolitischen Gesamtkonzepten zur dauerhaften und angemessenen Wohnungsversorgung Voraussetzung. Die LAG beteiligt sich daher an der Entwicklung und Beratung verschiedener Ansätze, die die Prävention von Wohnungsverlust, die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum, die Kooperation aller wohnungs- und sozialpolitischen Akteure sowie die Verhinderung neuer Sozialer Brennpunkte zum Ziel haben.

Umsetzung: Zur verwaltungsorganisatorischen Umsetzung von kommunalen Gesamtkonzepten hat die LAG in verschiedenen Kommunen die Arbeit von örtlichen Koordinations- und Fachstellen zur Wohnungssicherung, deren Aufgabe die Ressourcenbündelung unterschiedlicher Fachkompetenzen ist, beratend unterstützt. Die LAG hat zudem einen AK "Fach- und Koordinierungsstellen Wohnen in Hessen" mit VertreterInnen der Kommunen, kommunalen Spitzenverbände, des Landes, der Freien Träger der Wohlfahrtspflege initiiert und durchgeführt, um einen fachlichen Austausch und die Weiterentwicklung dieser Konzeption zu ermöglichen.

Zur Überwindung der im ländlichen Raum gesplitteten Zuständigkeiten zwischen dem Kreis als Sozialhilfeträger und den Gemeinden als Wohnungsfürsorgeträger hat

sich die LAG für die Übertragung des erfolgreichen Modellprojektes "Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis" eingesetzt. Die Beratung und Unterstützung von Politik/Verwaltung und Initiativen zur Einführung bzw. Umsetzung von Wohnungsversorgungskonzepten wurde mit unterschiedlicher Intensität vor allem im Wetteraukreis, Lahn-Dill-Kreis, Kreis Limburg-Weilburg, Landkreis Groß-Gerau, Hochtaunuskreis, Kreis Darmstadt-Dieburg geleistet. Aufgrund des fehlenden Handlungsdrucks (vermeintlich "entspannter Wohnungsmarkt") waren Politik und Verwaltung allerdings nur schwer für präventive Konzepte zu gewinnen.

Die LAG hat in den Jahren 97/98 die Koordination der Projektgruppe "Frankfurter Leitbild Soziales Wohnen" (mit Vertretern von Stadt, Land, Freien Trägern, Wohnungswirtschaft, Sozialforschung) mit dem Ziel der Einrichtung eines Sozialen Wohnraumversorgungsverbundes übernommen. Dieser Vorstoß scheiterte trotz eines allgemein anerkannten Grundlagenpapiers. Im Nachgang zum "Leitbild"-Projekt hat die LAG im Auftrag der Koordinierungsgruppe "Verbesserung des Hilfesystems für Wohnungslose in Frankfurt" die Erstellung einer Bestandsaufnahme des Hilfesystems im Jahr 2000 durchgeführt, die als Grundlage für die Weiterentwicklung des bestehenden Hilfeangebots dienen soll.

Perspektive: Im Rahmen der Programmumsetzung "Soziale Stadt" gilt es die Kommunen für die Erarbeitung von kommunalen Gesamtkonzepten zur sozialen Wohnraumversorgung zu gewinnen, damit die eingeleiteten Maßnahmen eine nachhaltige Wirkung erzielen und nicht an anderer Stelle neue Brennpunkte entstehen.

Für die von der LAG entwickelte Konzeptidee "Regionaler Wohnungsversorgungsverbund", in dem gezielt wohnungs- und sozialpolitische Aktivitäten vernetzt werden

sollen, gilt es in den einzelnen Kommunen PartnerInnen für eine Umsetzung zu gewinnen.

Anknüpfend an die erzielten Verbesserungen im Präventionsbereich müssen noch bestehende Lücken im Hilfesystem geschlossen werden. Deshalb wird die LAG den Arbeitskreis Fachstellen „Wohnen“ fortführen.

Auflösung von Sozialen Brennpunkten mit BewohnerInnenbeteiligung

Aufgabe: Ziel ist die Auflösung von Sozialen Brennpunkten durch städtebauliche Aufwertung der Standorte oder die Aufgabe als Wohnstandort jeweils unter Einbindung der BewohnerInnen und Anwendung festgelegter Grundsätze. Die LAG steht daher für vorbereitende und begleitende Beratungen von BewohnerInneninitiativen, Verwaltungen und Kommunalpolitik bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnbedingungen zur Verfügung.

Umsetzung: Die Bemühungen zur Auflösung von Obdachlosensiedlungen waren in den vergangenen zwei Jahrzehnten in weiten Teilen Hessens sehr erfolgreich. Mit Auslaufen des hessischen Sanierungsprogramms sind allerdings auch die Aktivitäten der Kommunen in diesem Bereich stark zurückgegangen, obwohl vielerorts – vor allem im ländlichen Raum – noch dringender Handlungsbedarf besteht.

In den vergangenen drei Jahren war die LAG bei den laufenden Auflösungsprozessen in Offenbach/Lohwald sowie in Friedberg/Grüner Weg unterstützend tätig. Zum Erreichen einer möglichst sozialverträglichen Auflösung des Lohwaldes hat die LAG geeignete Beteiligungsstrukturen angeregt, im Beirat mitgearbeitet und am Integrationskonzept maßgeblich mitgewirkt.

Insgesamt hat sich das Engagement der LAG mehr in den präventiven Bereich zur Verhinderung von Obdachlosigkeit (s.o.) sowie zur Vermeidung neuer Sozialer Brenn-

punkte verlagert. Ein richtiger Schritt wie das Beispiel „Wetteraukreis“ zeigt. Die Auflösung von Schlichtbauten in Friedberg und Bad Vilbel konnten nicht zuletzt auch wegen der erfolgreichen Präventionsarbeit umgesetzt werden.

An verschiedenen Standorten konnte die LAG erfolgreich gegen die Schaffung neuer Schlichtunterkünfte intervenieren.

Die bisherigen Kapazitäten für Beratungen von laufenden Sanierungsmaßnahmen wurden nunmehr verstärkt zur Unterstützung von Präventionsbemühungen in gefährdeten Stadtteilen eingesetzt. Dazu gehörte die Weiterentwicklung und Beratung geeigneter Strukturmodelle zur Umsetzung eines funktionierenden Stadtteilmanagements unter Beteiligung aller Akteursgruppen sowie der betroffenen Wohnbevölkerung.

Perspektive: Gerade im ländlichen Raum gibt es vielerorts Nachholbedarf bei der Auflösung kommunaler Obdachlosenunterkünfte. Hier finden sich häufig noch menschenunwürdige Unterbringungsformen, die dringend überwunden werden müssen. In diesem Bereich gilt es, die zuständigen Akteure für eine Abkehr von den dort praktizierten ordnungspolitischen "Bestrafungskonzepten" zu sensibilisieren. Ebenso müssen neue Unterstützungsstrategien für die noch vorhandenen Standorte mit prekärer Unterbringungssituation in den mittleren und größeren Städten entwickelt werden.

Aufgabe: Die Lebenslage Wohnungsnot ist ohne ausreichenden und angemessenen Wohnraum zu tragbaren Wohnkosten nicht überwindbar. Die LAG beteiligt sich daher an der Einforderung und Entwicklung geeigneter wohnungspolitischer Instrumente und Standards zur Überwindung von Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot. Die LAG setzt sich dafür ein, dass Bund und Land Rahmenbedingungen schaffen, unter denen die Kommunen soziale Wohnungspolitik gestalten können.

Auf Landesebene wurden auf Anfrage der zuständigen Ministerien für Soziales und Wohnungsbau verschiedene Stellungnahmen verfaßt. Zudem war die LAG in Kooperation mit dem Sozial-, Wohnungsbau und Justizministerium an der Erstellung der Informationsbroschüre "Hilfe bei Kündigung und Räumungsklage" beteiligt. Die LAG wurde auch kontinuierlich als Fachberatung in die LAG Wohnen von Bündnis 90/Die Grünen hinzugezogen und konnte hier ihre fachpolitischen Positionen einbringen. Gemeinsam mit dem Landesverband Hessen des Deutschen Mieterbundes wurde ein

Verbesserung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen

Umsetzung: Seit 1987 arbeitet die LAG im Rahmen der "Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte" verstärkt mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) auf Bundesebene zusammen. Zur Weiterentwicklung von fachlichen Standards, Erarbeitung von Stellungnahmen, Vorbereitung von Lobbygesprächen arbeitete die LAG z.B. dauerhaft im Fachausschuß Wohnen der BAG W und im AK Wohnungspolitik mit.

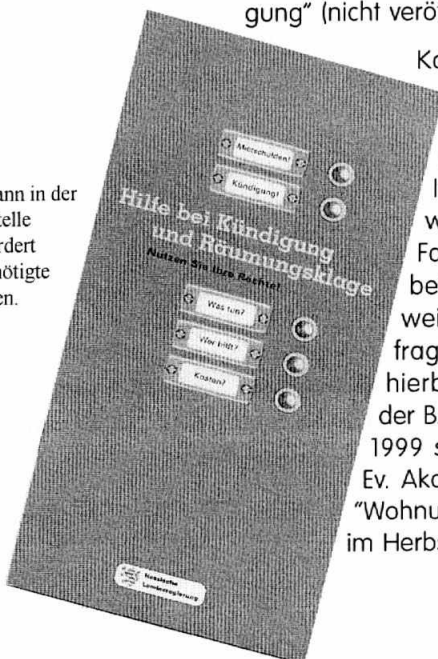
Pressekonferenz zum Thema "Verkauf von Landeswohnungen gefährdet die 'Soziale Stadt'" (Juli 2000) veranstaltet.

Perspektiven: Aufgaben der Lobbyarbeit auf Bundesebene sind die politische, fachliche Intervention durch die Fortführung der Gespräche mit dem Bundesbauministerium, dem GdW sowie die Weiterentwicklung der Positionspapiere der beiden Bundesarbeitsgemeinschaften. Auf Landesebene wird sich die LAG für die wirkungsvolle Umsetzung des neuen "Sozialen Wohnraumförderungsgesetzes" (ab 2002) einsetzen.

Gemeinsam mit der BAG W hat die LAG/BAG auf Bundesebene Gespräche mit dem Gesamtverband der Wohnungswirtschaft (GdW) geführt. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe wurde ein grundlegendes Diskussionspapier zu "Kooperationsstrategien bei der sozialen Wohnraumversorgung" (nicht veröffentlicht) erarbeitet.

Kooperationen und fachlichen Austausch gab es auch mit verschiedenen Fachinstituten (u.a. Institut Wohnen und Umwelt, GISS, VSOP). Die Fachlichkeit der LAG war bei bundes- und landesweiten Fachtagungen gefragt. Hervorzuheben sind hierbei die Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe 1999 sowie eine Tagung der Ev. Akademie Hofgeismar zur "Wohnungslosigkeit in Hessen" im Herbst 1999.

Die Broschüre kann in der LAG-Geschäftsstelle kostenlos angefordert werden. Bitte benötigte Stückzahl angeben.



Zentrale Aufgabe des Referates „Soziale Sicherung“ ist die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe von einkommensschwachen, benachteiligten und von Armut bedrohten Menschen durch Aufklärung über und Durchsetzung von Rechtsansprüchen, die Absicherung von Einkommen und die Förderung bürgernaher Hilfeeinrichtungen. Dabei spielt die Selbstorganisation der Betroffenen und deren anwaltliche Unterstützung eine große Rolle. Dies bezieht sich vor allem auf die Sozialhilfe und die ihr vorgelagerten Sicherungssysteme.

Ausgangslage

Die Wahrnehmung dieser Aufgaben im Referat war im Berichtszeitraum geprägt durch:

- den **Regierungswechsel** auf Bundesebene, mit dem sich viele Hoffnungen im Hinblick auf eine sozial gerechtere Politik verbunden hatten und den Regierungswechsel in Hessen, der zunächst Verunsicherung darüber ausgelöst hat, ob die erreichten sozialen Standards erhalten werden.
- den **Vorrang der Existenzsicherung durch Arbeit** und damit der Tendenz zur Entwertung von Sozial-Leistungsrecht. Das Geltendmachen von Rechtsansprüchen wird immer häufiger als "Alimentierung" und "Festhalten an Besitzständen" abqualifiziert. Die wichtigsten Instrumente der "Hilfe zur Arbeit" werden z.T. als Abschreckungs- und Sanktionsmittel eingesetzt. Niedriglöhne/Kombi-Löhne werden als Heilmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit diskutiert und realisiert.
- **eine restriktive Sozial-Verwaltungspraxis.** Hinter Begriffen wie Erst- und Ausstiegsberatung, Fallmanagement, aktivierende Sozialhilfe, Hilfeplanung und Regionalisierung verbirgt sich häufig eine Verwaltungspraxis, die von Betroffenen und ihren BeraterInnen kritisch beurteilt wird. Diese Veränderungsansätze sind oft wenig transparent. Ziel ist es, zu vermeiden, dass Betroffene Leistungsansprüche geltend machen. Das Ziel der Bedarfsdeckung spielt eine immer geringere Rolle. Durch die "Experimentierklausel" im BSHG werden - über Rechtsverordnungen der Länder - weitere Pauschalierungen in der Sozialhilfe ermöglicht. Auch dies wird die Bedarfsprüfung im Einzelfall einschränken. Erste Umsetzungen von Rechtsverordnungen bestätigen dies. Im Rahmen des mittler-

weile gesetzlich sanktionierten Datenabgleichs entsteht außerdem der Eindruck der Unterstellung eines grundsätzlichen Mißbrauchsverdachts, obwohl alle seitherigen Ergebnisse auf einen verschwindend geringen Anteil sog. Mißbrauchsfälle hindeuten.

- das Anwachsen von **Kinder- und Familienarmut.** Sie wurde zu einem zentralen Thema in der Armutsdebatte. Der Bericht der hessischen Enquete-Kommission "Soziale Lage von Familien in Hessen" und viele örtliche Armutsberichte bestätigen dies.
- **das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt"**, mit dem eine nachhaltige soziale Stadt(teil)entwicklung gefördert werden soll. Dieses Programm braucht geeignete soziale Rahmenbedingungen für die gesamte Kommune. Ressourcen und Maßnahmen von Sozialverwaltungen sind z.B. seither nur unzureichend mit der Stadtteilentwicklungsplanung verknüpft worden.

Förderung der Solidarität der von Armut und Sozialabbau Betroffenen und Einflußnahme auf die Rahmenbedingungen Sozialer Sicherung

Umsetzung: Ein Schwerpunkt der Arbeit lag auf der Unterstützung der LAG-Projekte, Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen in Hessen. Dies geschah u.a. durch Informationsvermittlung (2-3 Rundbriefe pro Jahr), regionale Treffen zum Erfahrungsaustausch (in Nord-, Mittel- und Südhessen 1-2 pro Jahr), die Durchführung von betroffenenorientierten Tagungen (jährliche Kooperationsveranstaltung mit dem Burckhardt-Haus Gelnhausen sowie Veranstaltungen zu aktuellen sozialpolitischen Themen). Die beiden letzten Tagungen in Gelnhausen standen unter den Fragestellungen „Was leisten soziale Initiativen für die Soziale Stadt? (1999) und „Was heißt'n da Bedarf?“ (2000). Dabei ging es zum einen um das Herausarbeiten der Bedeutung sozialer Initiativen in der sozialen Stadtteilentwicklung

und zum anderen um Fragen der Bedarfsdeckung u.a. bei den Kosten der Unterkunft im Kontext der Sozialhilfe-Pauschalierung.

Die LAG arbeitete an der bundesweiten Kampagne gegen die Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe mit. Hier konnte ein erster Erfolg verbucht werden: Die Kindergelderhöhung zum 1.1.2000 (20,— DM jeweils für das 1. und 2. Kind unter 18 Jahren) wird befristet nicht mehr angerechnet.

Zur Kinderarmut wurde von der LAG ein Positionspapier erstellt und den Medien vorgestellt (z.B. Pressekonferenz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hessen, Rundfunk-Sondersendung in "Unterwegs in Hessen"). Darüber hinaus wurde eine Stellungnahme im Rahmen der Enquetekommission "Soziale Lage von Familien in Hessen" abgegeben.

Bereits im Vorfeld des Erlasses einer hessischen Rechtsverordnung - auf der Grundlage einer sog. Musterrechtsverordnung der Konferenz der obersten Landessozialbehörden (KOLS) formulierte die LAG „Anforderungen“ an eine weitere Pauschalierung der Sozialhilfe im Hinblick auf einmalige Leistungen und Unterkunftskosten. Trotz der Stellungnahme der LAG zum Entwurf der hessischen Rechtsverordnung wurde diese mit wenigen Abweichungen von der Musterrechtsverordnung am 8.12.2000 durch das hessische Kabinett erlassen.

Ferner war die LAG bei der Armutskonferenz der rot-grünen hessischen Landesregierung sowie bei sozialpolitischen Foren der hessischen Parteien vertreten.

Bewertung/Perspektive: Die Angebote des Referates an Informationen und Tagungen werden gerne wahrgenommen. Vor allem haupt- und ehrenamtliche KollegInnen „vor Ort“ beschreiben diese als hilfreich für ihre örtliche Beratungsarbeit. Die Kooperationstagungen mit dem Burckhardtthaus werden überwiegend von Betroffenen aus Initiativen angenommen, die den persönlichen Charakter der Tagung in kleinen Gruppen schätzen (max. 25 Plätze).

Leider ist es - auch trotz eindeutig ablehnender Positionierung der LIGA der freien Wohlfahrtspflege - nicht gelungen, die hessische Rechtsverordnung zur Pauschalierung so zu beeinflussen, dass die Bedarfsdeckung gewährleistet und zumindest die Pauschalierung der Unterkunftskosten ver-

hindert wird. Mit ihr ist möglicherweise Verschuldung und die Entstehung neuer Sozialer Brennpunkte verbunden. Es stellt sich die Frage, ob hier nicht auch der Sozialhilfe-Landesbeirat hätte gehört werden müssen. Dieses Beteiligungsinstrument sollte ggf. aktiviert werden. Das Referat kümmert sich weiterhin um die Koordinierung der Umsetzung der Rechtsverordnung „vor Ort“ in Hessen und führt die entsprechenden Aktivitäten zusammen.

Einflußnahme auf örtliche Sozial(hilfe)-politik und -praxis

Umsetzung: In den vergangenen Jahren fand eine verstärkte Beschäftigung mit Reformansätzen in den Sozialverwaltungen statt. Dazu wurde u.a. eine Kooperationsveranstaltung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Hess. Landtag (ca. 150 Teilnehmer/innen) durchgeführt, bei der eine breite Vorstellung von Modell- und Reformansätzen erfolgte. Anschließend erfolgte die Vermittlung dieser Erfahrungen in die Regionen. "Anforderungen an Verwaltungsreform in den Sozialverwaltungen" wurden im Zusammenhang mit einer Tagung der BAG der Sozialhilfeinitiativen formuliert.

Als weitere inhaltliche Schwerpunkte wurden bearbeitet: Sozial(hilfe)beratung, verschiedene Ansätze von Sozialbüros, örtliche Umsetzung der Insolvenzordnung sowie Rolle der in GWA-Projekte integrierten Schuldnerberatung. Zu dem letztgenannten Thema organisierte das Referat zwei Tagungen/Workshops mit Unterstützung der LAG Schuldnerberatung zum Erfahrungsaustausch und der Unterstützung bei der Konzeptentwicklung zur „gemeinwesenorientierten sozialen Schuldnerberatung“ (1999/2000).

Durch die Initiative der LAG und einiger Projekte "Teilhabe durch Sozialpässe" wurde das Problem mangelnder Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit niedrigem Einkommen in verschiedenen Städten und Landkreisen in Hessen (z.B. Landkreis Gießen, Kassel, Offenbach, Rüsselsheim, Darmstadt) thematisiert und (z.T. wieder) in die politische Diskussion gebracht. Die LAG übernahm dabei die Koordination der örtlichen Aktivitäten in Hessen sowie die Durchführung einer Tagung "Teilhabe durch Sozialpässe", die zum Erfahrungsaustausch mit den hess. Verkehrsverbänden diente.

Zudem fand eine Mitarbeit in örtlichen Ar-

beitsgruppen (z.B. Initiativentreff Frankfurt) sowie an der Fortbildungsveranstaltung 2000 „GWA im kooperativen Stadtteilmanagement“ (inkl.: Referat „Soziale Sicherung im Quartier“) statt. Auch wurden Beiträge zu Foren zur kommunalen Armutsbekämpfung/Existenzsicherung (Darmstadt/Wiesbaden) geleistet.

Perspektive: Die Beeinflussung der örtlichen Praxis, vor allem im Hinblick auf die Betroffenenorientierung der Verwaltung, funktioniert vor allem über das Engagement der örtlichen Akteure. Ziel muß es daher sein, hier das notwendige Wissen und Know-How zu vermitteln. Dabei gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zur „Sozialen Stadt“. Hier müssen Fragen materieller Existenzsicherung (auch außerhalb von Erwerbsarbeit) und die Verwaltungspraxis der Sozialämter im Hinblick auf eine Stadtteilorientierung einen größeren Stellenwert einnehmen.

Die auch in Hessen geplante verstärkte Pauschalierungsmöglichkeit in der Sozialhilfe erfordert eine umfangreiche Aufklärung „vor Ort“. Die hessische Rechtsverordnung zur Experimentierklausel des § 101 a BSHG läßt einen breiten Raum für örtliche Gestaltungsmöglichkeiten zu. Das zeigt sich am Beispiel der Stadt Kassel, die zum 1.7.2001 ihr Modell zur Pauschalierung umsetzt.

Kooperationen und Bündnissen zur Verbesserung der sozialpolitischen Rahmenbedin-

Umsetzung: Die LAG arbeitete im Berichtszeitraum in zwei Hessenbündnissen „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ und „Weltoffenes Hessen“ mit, wobei der Schwerpunkt eindeutig beim Erstgenannten lag. In diesem Rahmen beteiligte sich die LAG an der Durchführung von Veranstaltungen (Forum vor der Landtagswahl und zum Niedriglohn/Kombi-Lohn) Neben der Mitarbeit in der Steuerungsgruppe wurde auch noch die Verantwortung für die Arbeitsgruppe des Bündnisses „Armut/Sozialhilfe und Arbeitsmarktpolitik“ (in Koop. mit DGB Hessen) übernommen. Gemeinsam wurden Stellungnahmen zur Koalitionsvereinbarung Hessen und zum Kombi-Lohn abgegeben. Geplant sind Gespräche mit der Landespolitik. Zentrales Thema war im Jahr 2000 die Planung einer „Armutskonferenz“ unter Beteiligung der hessischen Sozialministerin. Hierfür wurde ein Positionspapier des Bündnisses zu „Armut und Reich-

tum“ entwickelt, welches in der Forderung nach einem hessischen „Armuts- und Reichtumsbericht“ mündete. An Vorbereitungsarbeiten ist die LAG aktiv beteiligt. Die Konferenz wird im Jahr 2001 stattfinden. Im Bündnis „Weltoffenes Hessen“ werden die Themen „Armut von MigrantInnen/Stadtteil-Integration“ eingebracht.

Eine beratende Mitarbeit erfolgt im SprecherInnenngremium der hessischen Erwerbsloseninitiativen (enge Zusammenarbeit mit dem DGB Hessen und den Kirchen).

Auf Bundesebene erfolgt eine enge Kooperation vor allem mit der BAG der Sozialhilfeinitiativen (Mitarbeit bei Tagungen, kontinuierliche gemeinsame Beratung der Entwicklungen, Unterstützung der hessischen Initiativen in der BAG SHI). Seit dem Jahr 2000 erfolgt durch das Referat die Vertretung der BAG Soziale Brennpunkte in der Nationalen Armutskonferenz/NAK (u.a. Mitarbeit an der Broschüre „Kinderarmut“ der NAK durch Erstellung eines Positionspapiers)

Darüber hinaus war die LAG am Kongreß „Armut und Gesundheit“ 2000 mit einem Statement und der Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe zu „Gesundheit und Soziale Stadt“ beteiligt.

Perspektive: Das Hessenbündnis „Soziale Gerechtigkeit“ ist ein wichtiges Forum zum Austausch über hessische sozialpolitische Fragestellungen. Daher sollen hier auch zukünftig die sich durch dieses

Gremium bietenden Möglichkeiten genutzt werden. Dazu gehören die Verknüpfung verschiedener sozialpolitische Felder, die über die eigenen Institutionsgrenzen hinausgehen, die gemeinsame Beratung von Landespolitik und die verbesserte Einflußnahme auf landespolitische Entscheidungen.

Die weiteren Kooperationen sollten aufrechterhalten werden, da mit ihnen ein dichtes sozialpolitisches Netz auf Landes- und Bundesebene geknüpft ist, das weiterhin zum Erhalt der Sozialen Sicherung gebraucht wird. Die Intensität der Mitarbeit wird jeweils davon abhängig sein, welche neuen Anforderungen an das Referat im Rahmen der „Sozialen Stadt“ gestellt werden. Gleichzeitig bieten die vielfältigen Kooperationen die Möglichkeit den Ansatz „Soziale Stadt“ zu verbreitern und dafür um Unterstützung zu werben.

Frauen in Sozialen Brennpunkten und Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf bilden ein großes Potential für die Entwicklung dieser Quartiere. Sie besitzen Stärke, Energie und eine hohe Motivation für Veränderungsprozesse. Gleichzeitig liegt die Last der Kindererziehung und Familienarbeit meist allein auf ihren Schultern, ihre materielle Existenz ist prekär und Wege zu einer eigenständigen Existenzsicherung bleiben ihnen auf Grund geringer beruflicher Qualifikation und der Erfüllung familiärer Pflichten eher verschlossen.

Das Frauenreferat der LAG arbeitet mit Bildungsveranstaltungen, Projekt- und Politikberatung, Beiträgen zur Fachdebatte, Netzwerkarbeit sowie mit der Durchführung von Modellprojekten daran, die Lebensverhältnisse von Frauen in benachteiligten Quartieren zu verbessern, ihre Beteiligung zu fördern sowie die Armut von Frauen zu überwinden.

Verbesserung der Lebensverhältnisse von Frauen in benachteiligten Quartieren

Umsetzung: Ein inhaltlicher Schwerpunkt in der Frauenbildungsarbeit war in den Jahren 1998 – 1999 das Thema Gesundheit. In Kooperation mit dem Feministischen Frauengesundheitszentrum und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung wurden dazu Tagungen durchgeführt, die neben persönlichen Aspekten auch den Zusammenhang von Frauengesundheit und Stadtteilentwicklung in den Blick nahmen.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Kindererziehung ist nach wie vor für Frauen von größter Bedeutung. Die Kooperationstagungen im Jahr 2000 boten mit dem Thema "Kinder und Erziehung" gerade jungen Frauen und Müttern die Gelegenheit, abseits von Alltagsbelastungen eigene Vorstellungen und Ansprüche zu klären, gesellschaftliche Anforderungen zu diskutieren und Handlungsorientierungen zu entwickeln.

Ein weiteres Thema war die Bearbeitung von Konflikten. Dazu fand ein Wochenendseminar in Kooperation mit dem Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit statt. In der Folge wurde deutlich, daß dieses Thema zentral für die Fragestellungen in den HEGISS-Stadtteilen ist und so wurden im Rahmen des Frauenmodellprojekts weitere Angebote hierzu entwickelt (siehe Bericht). Ein weiteres Wochenendseminar wurde zu Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt.

In einem Gespräch mit dem Hessischen Präventionsrat wurde der Ansatz der Gemeinwesenarbeit als Strategie zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Problemquartieren und zur Gewaltprävention erläutert.

Das Thema Gesundheit wurde in 2000 in Form eines Kooperationsprojekts des Feministischen Frauengesundheitszentrums und eines Gemeinwesenprojekts auf örtlicher Ebene weiter verfolgt. Dabei wurde in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme durchgeführt, die Aufschluß über den konkreten Handlungsbedarf gibt und potentielle Partner zur Umsetzung des Bedarfs aktiviert.

Perspektive: Das Thema Konfliktbearbeitung wird weiterhin ein Schwerpunkt in der Zielgruppenarbeit bleiben. Insbesondere bezogen auf den Sozialraum Nachbarschaft bietet es Aktionsräume und Tätigkeitsfelder für Frauen. Nachbarschaftsmediation ermöglicht den Frauen sich mit ihren Fähigkeiten, Talenten und Interessen einzubringen. Sie trägt zudem zur (Wieder-) Belebung der Nachbarschaft bei und beinhaltet integrationsfördernde Aspekte. Verschiedene Modelle der nachbarschaftlichen Konfliktvermittlung, die derzeit in einigen Stadtteilen erprobt werden, gilt es als good practice in die Fläche zu bringen.

Eine Vertiefung des Themas "Umgang mit Konflikten im Familienalltag" resultierend aus der Tagung zum Thema "Kinder und Erziehung" ist vorgesehen. In beiden Bereichen gilt es Alltagserfahrungen der Frauen zu reflektieren, die Frauen zu qualifizieren und sie bei der Entwicklung von Handlungsstrategien zu unterstützen.

Im Bereich Gesundheitsförderung ist zu prüfen, inwieweit die Erfahrungen des örtlichen Kooperationsprojektes in andere hessische Stadtteile übertragbar sind und welche Chancen integrierte Stadtteilkonzepte zur unmittelbaren Gesundheitsförderung und zur indirekten Beeinflussung durch Maßnahmen wie z.B. Wohn- und Wohnumfeldverbesserung in sozial benachteiligten Stadtteilen bieten.

Ein wesentlicher Schwerpunkt muss in den folgenden Jahren darin liegen, die Ansätze der Frauenarbeit, mit deren Hilfe die Lebenssituation der Frauen in den benachteiligten Quartieren verbessert werden konnten, im Rahmen der neuen Finanzierungsvereinbarungen zwischen Kommunen und Trägern zu etablieren und Leistungsbeschreibungen dazu zu entwickeln. Hier ist die Unterstützung der LAG gefragt.

Förderung der Beteiligung von Frauen

Umsetzung: Anstöße zur Förderung der Beteiligung von Frauen gingen in den drei Berichtsjahren vor allem vom Modellprojekt des Frauenreferats "IMPULS - Beteiligung von Frauen an Stadtteilentwicklung" aus. Hier wurden an neuen Standorten Frauen aktiviert, sich in die Stadtteilentwicklung einzumischen und ihre Interessen zu Gehör zu bringen.

In den Angeboten für die Fachkräfte im "Arbeitskreis Frauen" wurde die Frage bearbeitet, welchen Einfluß die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in alten und neuen Quartieren haben und mit welchen neuen Arbeitsansätzen darauf reagiert werden muß. Auf die Kolleginnen kommen hier verstärkt Moderationsaufgaben zu; Moderation zwischen den verschiedenen Frauengruppen und Moderation zwischen den PartnerInnen im Stadtteilentwicklungsprozess. Im Arbeitskreis Frauen wurde damit begonnen, hier die notwendigen Qualifikationen zu vermitteln.

Perspektive: Die Qualifizierung der Kolleginnen für die neuen Aufgaben muss weiter voran getrieben werden. Darüber hinaus stellen die Bereiche Bestandsanalyse und Evaluation sowie die Beschäftigung mit Migration und Integration hier neue Anforderungen an die Arbeit.

Das Modellprojekt der LAG läuft in 2001 aus. Es ist zu überlegen, wie die Beteiligung von Frauen an Stadtteilentwicklung und die Frauenförderung in HEGISS abgesichert werden können.



Überwindung der Armut von Frauen

Umsetzung: Einen weiteren Schwerpunkt in der Zielgruppenarbeit bildete die Auseinandersetzung mit den politischen Programmen der neuen Bundes- und Landesregierungen. Hier wurden Anknüpfungspunkte für Fraueninteressen herausgearbeitet. Frauen aus Sozialen Brennpunkten und benachteiligten Stadtteilen verfassten einen Brief an die Frauenministerin in Bonn, um ihren Standpunkt zur Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe deutlich zu machen. Mit der Entscheidung der Bundesregierung in 1999, die Erhöhung des Kindergeldes nicht auf die Sozialhilfe anzurechnen, wurde eine alte Forderung der Frauen zumindest teilweise eingelöst, wofür sie bereits Anfang der 80er Jahre auf die Straße gegangen waren.

Im Rahmen der Mitarbeit im hessischen Netzwerk "Frauen und Wohnungsnot" ist es gelungen, den präventiven Ansatz zur Verhinderung von Wohnungsnot im Positionspapier des Netzwerks zu platzieren.

Neben Bildungs- und Netzwerkarbeit liegt ein weiteres Instrument zur Bearbeitung des Themas in der Öffentlichkeitsarbeit. Es wurden z.B. in einem Referat vor der Gleichstellungskommission in Hattersheim die Gründe für weibliche Armut und Wohnungslosigkeit dargestellt und Lösungswege auch auf kommunaler Ebene aufgezeigt, insbesondere im Rahmen "Soziale Stadt".

Perspektive: Die Armutsdiskussion wird analog der Änderung der neuen Finanzierungsvorgaben des Landes in den nächsten Jahren vor allem auf örtlicher Ebene zu führen sein. Als Ansätze zur Armutsprävention müssen neben der Integration der Fraueninteressen - insbesondere der Interessen von Armut bedrohter Frauen - in Stadtteilentwicklung auch kommunale Handlungskonzepte zur Überwindung von Armut und Obdachlosigkeit von Frauen diskutiert werden, die einhergehen mit Initiativen zur Wohnungsversorgung, zur beruflichen Förderung sowie zur Beratung und Bildung.



Um die Beteiligung von Frauen an Stadtteilentwicklungsprozessen zu fördern, hat die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. mit Unterstützung durch das Hessische Sozialministerium ein Modellprojekt eingerichtet. Das Projekt hat die Arbeit am 01.08.97 begonnen und wurde in den Jahren 1998 - 2000 mit je 100 000 DM gefördert.

Hintergrund des Modellprojektes ist die Feststellung, daß sich soziale Ausgrenzung zunehmend in bestimmten Stadtteilen verdichtet und hier ein dringender Handlungsbedarf besteht. Stadtteilentwicklung bietet die Chance, diesem Prozeß entgegenzuwirken, eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen zu schaffen und soziale Integration zu fördern. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf breiter Grundlage gewährleistet ist.

Das Modellprojekt verfolgt daher folgende Ziele:

- Ø Die Aktivierung von Frauen für Stadtteilentwicklungsprozesse
- Ø Die Schaffung frauen- und familiengerechter Stadtteile

Gemeinsam mit Frauen wurden IMPULS-Projekte bisher in den folgenden Stadtteilen entwickelt, geplant und durchgeführt. Dabei wurden verschiedene Methoden eingesetzt und erprobt:

- Sichere und angstfreie Wege
- Belebung der Nachbarschaft
- Gründung einer Bürgerinitiative zur Umgestaltung und Verbesserung von Spielplätzen

Umsetzung - IMPULS vor ORT

Ø Gießener Nordstadt

Aktivierende Befragung - Ausstellungsprojekt - Veranstaltungsreihe - Schaffung eines Frauenforums zu Stadtteilfragen

Ø Darmstadt Eberstadt-Süd

Expertinnenbefragung - Auftaktversammlung - Erzählcafé - Erstellung und Präsentation eines Forderungskataloges anlässlich einer BürgerInnenversammlung - Stadtteilbegehung zur Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum

Ø Eschwege, Maintal-Dörnigheim, Maintal-Bischofsheim IMPULS-Werkstätten

In Gießen wurden Strukturen für Beteiligung aufgebaut. Zum Beispiel gelang es durch die Initiierung einer Frauenrunde (trifft sich regelmäßig seit 3 Jahren) einen Ort zu schaffen, wo sich Fraueninteressen aus der Bewohnerschaft bündeln. Diese Frauenrunde hat zusammen mit anderen StadtteilakteurInnen verschiedene Maßnahmen für frauengerechte Verbesserungen umgesetzt:

- Treffmöglichkeiten für MigrantInnen im Stadtteil (internationaler Frühstückstreff)
- Einflußnahme auf die Umgestaltung einer zentralen Straße

Die Beteiligungsstruktur für Frauen hat sich im Gesamtprozess der Stadtteilentwicklung etabliert. Einige Teilnehmerinnen aus der Gießener Runde haben sich Bildungsangeboten der LAG zugeordnet. Sie berichten Frauen aus anderen Stadtteilen von ihren erfolgreichen Beteiligungserfahrungen und tauschen sich aus über zukünftige Aktivitäten und die Perspektiven für ihren Stadtteil.

In Eberstadt-Süd wurde ein zeitlich befristetes Integrations- und Partizipationsprojekt von März 1999-April 2000 durchgeführt. Es hat in erster Linie zur Aktivierung von Frauen beigetragen, ihnen Zugänge zur Stadtteilentwicklung erschlossen und zur Belebung von Kontakt und Nachbarschaft im Viertel beigetragen. Das Projekt Erzählcafé war sowohl Beteiligungs- als auch Freizeitangebot für Frauen im Stadtteil und damit selbst Maßnahme zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur im Stadtteil. Die Frauen und Frauengruppen hatten im Rahmen der Veranstaltungsreihe - an deren Planung und Umsetzung sie von Beginn an beteiligt waren - Gelegenheit gegenseitig Einblick in die unterschiedliche Lebens- und Alltagswirklichkeit von Mitbürgerinnen zu gewinnen.

Das Motto "Hingehört, Ausgetauscht, Eingemischt" hat sich in Eberstadt-Süd in die Tat umgesetzt. Unterschiedliche Frauen sind miteinander über ihre Wünsche und

Bedürfnisse ins Gespräch gekommen und haben gemeinsamen Interessen nach einem frauen- und familiengerechten Stadtteil Gehör verschafft. Zum Beispiel wurde ein Forderungskatalog für frauengerechte Stadtteilentwicklung von Frauen im Rahmen einer BürgerInnenversammlung vor-

wird die IMPULS-Werkstatt auf Bedürfnisse und Strukturen vor Ort abgestimmt. Die kompakte Veranstaltungsform basiert auf der Methode der Zukunftswerkstatt und wird durch andere Moderationstechniken und Workshopelemente erweitert, um niedrigschwellig, auf abwechslungsreiche und spielerische Weise auch die angemessene Ansprache insbesondere für artikulationsungeübte Frauen zu schaffen.

Leistungen von IMPULS

Zum Erreichen der Ziele bietet IMPULS folgende Leistungen an:

- ∅ Die Durchführung zeitlich befristeter Projekte vor Ort
 - in Kooperation mit örtlichen PartnerInnen und Partnern,
 - als Auftakt, Impuls und Anschub,
 - zur Aktivierung von Stadtteilakteurinnen und -akteuren.
- ∅ Projekt- und Politikberatung
 - zur Frauenförderung,
 - zur Einführung des Gender-Mainstreaming,
 - zur Kooperation im Stadtteil,
 - zur geschlechtsspezifischen Qualifizierung von Methoden.
- ∅ Moderation von Gruppen und Prozessen
 - zur Projektentwicklung,
 - zur Vernetzung von Frauen,
 - zur Qualifizierung von Teilnehmenden.
- ∅ Die Organisation von Erfahrungstransfer zwischen verschiedenen Standorten
 - zur Verbreitung von good practice,
 - zur Weiterentwicklung.

IMPULS-Werkstätten haben bisher auf dem Heuberg in Eschwege (Oktober 2000), im Westend in Maintal-Dörnigheim und Maintal-Bischofsheim/„Rechts vom Kreuzstein“ (November 2000) stattgefunden. Dabei wurden Projektideen u.a. zu folgenden Themen entwickelt - Schaffung von (Kurs-) Angeboten im Stadtteil, Verbesserung von Einkaufsmöglichkeiten und Nahversorgung, Erhöhung der Verkehrssicherheit, Verbesserte Betreuung von Schulkindern im Stadtteil, Schaffung einer Treffmöglichkeit für Frauen und andere Gruppen, Schaffung eines Stadtteilzentrums - die z.T. schon in der Umsetzung sind.

gestellt, mit dem Erfolg, dass eine Mängeliste zur Sicherheit für Frauen im Viertel abgearbeitet wurde, es zur Ansiedlung eines preisgünstigen Supermarktes kam und der Umbau von vorhandenen Räumen zu Treffmöglichkeiten und Kommunikationsräumen beschlossen wurde.

Frauen aus der Frauenrunde haben sich themenspezifischen Arbeitsgruppen in der Stadtteilwerkstatt zugeordnet und die verschiedenen Beteiligungsforen stehen untereinander im Austausch.

Nach einer ersten Auswertung der bisherigen Erfahrungen von IMPULS wurde das Konzept verändert, in dessen Mittelpunkt die Aktivierung von Frauen im Stadtteil steht. Um möglichst viele Standorte der „Sozialen Stadt“ beim Auftakt zu unterstützen und einen Motivationsschub zur Beteiligung freizusetzen, wurde ein kompaktes Angebot die „IMPULS-Werkstatt zur Aktivierung von Frauen für Stadtteilentwicklungsprozesse“ entwickelt:

Die IMPULS-Werkstatt zielt darauf ab, Interesse an Stadtteilfragen zu wecken und ein oder mehrere Aktionsfelder im Rahmen örtlicher Prozesse zu erarbeiten. In enger Zusammenarbeit mit PartnerInnen vor Ort

Beratung und Qualifizierung

IMPULS hat über die gesamte Laufzeit die Entwicklung zu HEGISS begleitet und in dieser Vorlaufphase entscheidend zur Förderung und Aktivierung von Frauen beigetragen. Außerdem wurden weitere Standorte zu Fragen der Frauenbeteiligung und -förderung beraten und frauenpolitische Akzente in der landespolitischen Diskussion um die Ausgestaltung des Programmes Soziale Stadt gesetzt. In der Auseinandersetzung mit den politischen Programmen der neuen Bundes- und Landesregierung wurden Anknüpfungspunkte für Fraueninteressen herausgearbeitet.

Dadurch, daß der Fokus des Modellprojektes wegen möglicher Synergieeffekte auf sog. HEPNEST-Standorte (später HEGISS) gerichtet wurde, war es notwendig, in diesen Stadtteilen (Frankfurt Unterliederbach/Ost, Kasseler Nordstadt, Dietzenbach Spessartviertel, Rüsselsheim Dicker Busch, Fulda Aschenberg) von Anfang an den Blick auch auf die Frauen zu richten und dazu Kontakte zu den AkteurInnen der jeweiligen Stadtteilentwicklungsprozesse aufzu-